



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord (WSD)

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Der Bundesminister für Verkehr hat eine Lenkungsgruppe zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eingesetzt. Von vielen Seiten wird befürchtet, dass diese Lenkungsgruppe zu dem Entschluss kommen wird, die WSD in Kiel zu schließen und die bisherigen Aktivitäten in einer `Zentralbehörde Schifffahrt` zu bündeln.

1.

Ist der Landesregierung bekannt, dass die Kieler Ratsversammlung einstimmig beschlossen hat, sich für den Erhalt dieser wichtigen Bundesverwaltung in der Landeshauptstadt einzusetzen?

Ja. Der Landesregierung ist der einstimmige Beschluß der Ratsversammlung der Landeshauptstadt vom 22. August 2002, sich für den Erhalt der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord (WSD Nord) in Kiel einzusetzen, bekannt.

2.

Teilt die Landesregierung die Auffassung der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel, dass die WSD in Kiel erhalten werden soll?

a) Wenn ja, welche Maßnahmen hat die Landesregierung bislang ergriffen, die WSD in Kiel zu erhalten und welche Maßnahmen sind seitens der Landesregierung zukünftig geplant?

b)

Wenn nein: Hält die Landesregierung den weiteren Verlust einer Bundesbehörde in Schleswig-Holstein für unerheblich?

3.

a) Teilt die Landesregierung die Aussage der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Frau Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD), gegenüber dem Schleswig-Holstein-Magazin vom 03.09.02, dass die WSD in Kiel erhalten bleibt?

b) Wenn nein: Liegen der Landesregierung andere Informationen vor?

Antwort auf die Fragen 2 und 3:

Die interne Organisationsprüfung im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die auch die Wasserstrassenverwaltung einschließt, hat bisher nicht zu konkreten Maßnahmenvorschlägen geführt.

Der Bundesrat hat in seiner Entschließung (BR-Drs. 88/01 vom 16. 02. 2001) zum Bundeskonversionsprogramm gegenüber der Bundesregierung gefordert, dass bei Standortentscheidungen für Bundesbehörden oder durch den Bund geförderte Einrichtungen die vom Truppenabbau der Bundeswehr besonders betroffenen Kommunen besonders berücksichtigt und nicht durch den Abzug von Bundesbehörden noch weiter geschwächt werden sollten.

In Gesprächen auf Leitungs- und Arbeitsebene des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes mit Vertretern des zuständigen Bundesministeriums ist stets auf die Bedeutung des Verbleibs der WSD Nord hingewiesen worden. Die Kleine Anfrage des Abgeordneten Günter Neugebauer (SPD), Drs. 14/517 vom 05. Februar 1997 und das Schreiben des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Kiel, Norbert Gansel, an den Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, vom 30. Juli 1997 enthalten ebenfalls klare Forderungen zum Erhalt der WSD Nord in Kiel.

Die Landesregierung wird sich gegenüber der Bundesregierung für den Erhalt der WSD Nord in Kiel auch in Zukunft einsetzen, falls die Diskussion um die Schließung der WSD Nord – entgegen der derzeitigen Entwicklung – sich konkretisiert.

Im Hinblick auf die klare Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium des Innern, Frau Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, dass die Wasser- und Schifffahrsdirektion Kiel nicht in Gefahr ist, sieht die Landesregierung derzeit keinen Handlungsbedarf.